

Stadt Würzburg  
Herrn Oberbürgermeister  
Christian Schuchardt  
Rückermannstraße 2

Würzburg, 19.11.2021

## Sachverständigenkosten, Gerichtskosten u.a. ÖDLA, Fortschreibung Nahverkehrsplan, Kooperationsvertrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auch im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragen wir:

Unter Haushaltsstelle 0.1143.6550 werden die Mittel für 2022 auf 70.000,- Euro erhöht.  
Die Haushaltsstelle wird umbenannt in "Sachverständigenkosten, Gerichtskosten u.a. ÖDLA, Fortschreibung Nahverkehrsplan, Kooperationsvertrag".

Begründung:

Der Nahverkehrsplan stellt den Rahmen für die künftigen Schwerpunkte der Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs dar und widerspiegelt die verkehrspolitischen Vorstellungen der ÖPNV-Aufgabenträger im VVM. Im Unterschied zu den vergangenen Nahverkehrsplänen sind die Herausforderungen neben Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung und Barrierefreiheit breiter gefächert hinsichtlich der Verbunderweiterung mit Takt- und Tarifstruktur, der Elektrifizierung der Fahrzeugflotten sowie der Integration städtischer Infrastrukturprojekte (u.a. Hauptbahnhof, Straßenbahnäste Grombühl, Hubland, Nordstraba). Neben den Sachverständigenkosten und Gerichtskosten ist ein zusätzlicher Betrag für einen Kooperationsvertrag erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen  
Niklas Dehne  
Magdalena Laier  
Konstantin Mack, stv. Fraktionsvorsitzender